

## Unter anderem in dieser Ausgabe:

**Seite 2:**  
Neuer Verbandsvorsitzender  
Günsel weiß es besser

**Seite 3:**  
Ignoranz, Unwissenheit und  
Sturheit siegte!

**Seite 4:**  
Abwasserbeitragsenkung  
jetzt!  
Anfragen an den neuen  
Vorsitzenden des WAZV  
Arnstadt

**Seite 5:**  
SPD verhindert Politik-  
wechsel

**Seite 6:**  
Verbraucherbeiratschef ver-  
weigert sich der Diskussi-  
on im Stadtrat  
Matschie rechtfertigt über-  
höhte Kommunalabgaben

**Seite 7:**  
Bürger müssen weiter  
zahlen, trotz Rekord-  
gewinn beim WAZV  
Bürger zahlen für die Stadt

**Seite 8:**  
Bürgermeister Köllmer  
(Pro Arnstadt) verhindert  
weiter Bürgerbegehren

**Seite 9:**  
Information zum Stand der  
Auseinandersetzung mit  
dem WAZV

**Seite 10:**  
Bürgerinitiative wählte  
neuen Vorstand  
Informationen  
Kontakt

## Ohne Transparenz keine Demokratie Stadtrat von Arnstadt lehnt Informationsrecht ab

Bereits in der Stadtratssitzung am 29. Oktober stand in Arnstadt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Stärkung der Transparenz in der Verbandsarbeit des WAZV auf der Tagesordnung. Durch die umfangreichen Debatten kam dieser Antrag allerdings nicht mehr zur Beratung und wurde auf die nächste Sitzung vertagt. Am 18. November stand er schließlich zur Beschlussfassung an.

Es wurde beantragt, dass der Bürgermeister als gesetzliches Mitglied der Stadt Arnstadt in der Verbandsversammlung dafür Sorge tragen solle, dass der Stadtrat der Stadt Arnstadt stärker in die Diskussionen des Verbandes einbezogen wird. Damit sei letztlich eine stärkere Transparenz der Verbandsarbeit gegeben, da einerseits der Grundsatz der Öffentlichkeit bei der Arbeit des Stadtrates für eine größere Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sorgt und andererseits die Vertretung der Interessen der Stadt Arnstadt innerhalb des Verbandes nicht allein dem Bürgermeister überlassen wird, dieser zumindest den Stadtrat in seine Meinungsbildung einbezieht. Konkret wurde beantragt, dass der Bürgermeister dafür Sorge trägt, dass die Fraktionen des Stadtrates rechtzeitig über Sitzungen und Tagesordnung der Verbandsversammlung des WAZV informiert werden, der Bürgermeister künftig über die durch ihn wahrgenommene Vertretung der Stadt Arnstadt in der Verbandsversammlung und im Werkausschuss des WAZV dem Stadtrat regelmäßig berichtet und nicht zuletzt Beschlussvorlagen für die Verbandsversammlung des WAZV von erheblicher Bedeutung für die Stadt Arnstadt sowie für Beitrags- und Gebührenzahler dem Stadtrat zur gemeinsamen Meinungsbildung entsprechend § 30 Abs. 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vor Beschlussfassung vorzulegen und mit diesem abzustimmen ist. Das Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit ermöglicht es Verbandsmitgliedern ausdrücklich, ihren Verbandsräten Anweisungen zu erteilen, wie diese in einer Verbandsversamm-

lung abzustimmen haben. Dies setzt zwingend voraus, dass die Verbandsmitglieder und diese vertretenden Körperschaften über die Beratungsgegenstände vorab informiert werden. Wer angesichts der Brisanz des Themas Kommunalabgaben eine heftige Debatte erwartete, wurde eines „Besseren“ belehrt. Die Fraktionen von CDU, Pro Arnstadt und das Bürgerforum/FDP verweigerten sich einer Debatte gänzlich. Einzig die SPD äußerte sich knapp, aber zustimmend. Und so dokumentierten die drei genannten Fraktionen einmütig, welchen Stellenwert Transparenz auf kommunaler Ebene für sie hat. Keinen. Denn im Dunkeln blieben auch ihre Argumente und Gründe, warum sie den Antrag ablehnten. Und so lange die drei den Bürgermeister tragenden Fraktionen so wenig nachvollziehbar und kontrollierbar agieren, so lange gilt die Unterstellung eher als Feststellung, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und das transparente Agieren das Weihwasser symbolisiert, vor dem sich bekanntermaßen nur einer fürchtet.

*„Ohne Glasnost gibt es keine Demokratie, und es kann sie auch nicht geben ... Es kommt darauf an Glasnost, zu einem störungsfrei funktionierenden System werden zu lassen. Man braucht Glasnost im Zentrum, aber eben so sehr, ja vielleicht sogar noch mehr an der Basis, dort, wo der Mensch lebt und arbeitet.“*  
Michael Gorbatschow am 25. Februar 1986

Eigentlich bedenklich ist es, dass sich im Bürgerforum Menschen versammeln, die für sich in Anspruch nehmen, ein politisches System aktiv auch mit der Forderung nach „Glasnost“ überwunden zu haben. Ob sich zwanzig Jahre später alle im Bürgerforum für eine bürgernahe Politik engagierten Menschen von „ihren“ Fraktionären richtig vertreten fühlen, muss zumindest als Frage gestellt werden.

Steffen Dittes

Konstituierung des Verbraucherbeirates beim WAZV am 06.01.2010, 16.30 Uhr,  
in der Verbandskläranlage in Ichttershausen

## Neuer Verbandsvorsitzender

Unter dem Slogan „Ich habe keine Behörungsängste“ stellte die „Thüringer Allgemeine“ am 14.09.2009 den neuen Verbandsvorsitzenden, Joachim Günsel, Bürgermeister aus Stadtilm, vor.

Gleich nach der erfolgten Wahl in der Verbandsversammlung waren die ersten und grundsätzlichen Worte, die er den dort anwesenden Bürgerinnen und Bürgern ins Gesicht sagte, dass er den Kurs des Zweckverbandes so weiterführen werde wie gehabt.

In der Zeitung nun unterstreicht Günsel das Ganze, indem er keinen Spielraum für Beitragssenkungen sieht.

Mit einer Gebührensenkung im Abwasserbereich will er gleich zu Anfang seines

Vorsitzes Punkte sammeln. Dabei ist ihm jedes Mittel recht. Er belügt die Öffentlichkeit und behauptet, dass der Gegenvorschlag des Verbraucherbeirates auf Beitragssenkung ihm erst aus der Zeitung mitgeteilt worden wäre und er zuvor über keinerlei Informationen verfügt habe.

Das bedarf der Richtigstellung. Denn wir als Bürgerinitiative legen großen Wert auf Konstruktivität und Wahrheit. Allein im Jahresabschlussbericht des WAZV 2008 steht schwarz auf weiß geschrieben, dass der Verbraucherbeirat einen Antrag zur Abschaffung zweier Teilbeiträge gestellt hat und darüber zu entscheiden ist. Zudem war dieses Thema der Beitragssenkung von 3,40 Euro pro Quadratmeter

auf 2,65 Euro pro Quadratmeter in den letzten Monaten laufend in aller Munde. Und es liegt auch ganz gewiss nicht in der Verantwortung der Bürgerinitiativen, Informationen aus dem Verbraucherbeirat Herrn Günsel zuzuleiten. Und um noch mal kurz von Konstruktivität zu sprechen. Es wird alles nur mögliche versucht, dem Verbraucherbeirat eine Alibifunktion aufzudrücken, nicht zuletzt durch Zurückhalten von wesentlichen Informationen und Tagungsunterlagen. Wie es wirklich läuft, braucht nicht jedermann zu wissen! Das verstehen wir unter Null-Konstruktivität.

*Bürgerinitiative Bittstädt*

## Günsel weiß es besser

Weshalb der neue Vorsitzende des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt (WAZV) Joachim Günsel in einem Interview behauptet, die Bürgermeister hätten erst am Tag der Verbandsversammlung aus der Zeitung die Forderung des Verbraucherbeirates nach Senkung des Abwasserbeitrages erfahren, ist völlig unverständlich.

Herr Günsel weiß es besser.

Über die Senkung der Abwasserbeiträge im WAZV wird seit über einem Jahr intensiv diskutiert. Zur Prüfung der Möglichkeiten wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus je drei Vertretern des Verbraucherbeirates und des Zweckverbandes, gebildet. Die Arbeitsgruppe wurde auch durch die Gremien des WAZV bestätigt. Die Arbeitsgruppe wurde von Frank Kuschel als Mitglied des Verbraucherbeirates geleitet.

Es darf wohl davon ausgegangen werden, dass alle Bürgermeister, so auch Herr Günsel, von den Vertretern des Zweckverbandes über die Ergebnisse der Arbeit der AG informiert wurden. Die AG erarbeitete einen Diskussionsvorschlag, wonach der Abwasserbeitrag von derzeit 3,40 Euro pro Quadratmeter gewichtete Grundstücksfläche auf 2,65 Euro gesenkt werden sollte. Dieser Vorschlag wurde dem Verbraucherbeirat zugeleitet und in zwei Sitzungen beraten. Der Verbraucherbeirat stimmte mehrheitlich dem Vorschlag zu. Im Verbraucherbeirat ist der WAZV wiederum mit eigenen Mitgliedern und zwar mehreren Bürgermeistern und der Werkleitung vertreten. Auch dadurch dürfte gewährleistet sein, dass die Bürgermeister jederzeit über den Diskussionsstand infor-



Bürgerinitiativen demonstrieren in Stadtilm vor dem Rathaus  
Foto: Christiane Fischer

miert waren. Die Verbandssatzung regelt, dass die Vorschläge des Verbraucherbeirates in der Verbandsversammlung durch die Bürgermeister beraten werden.

Deshalb stand ja auch das Thema auf der Tagesordnung der jüngsten Sitzung.

Vorher fand hierzu eine Werksausschusssitzung statt. Herr Günsel ist Mitglied im Werksausschuss. All diese Fakten sprechen dafür, dass sowohl die Bürgermeister als auch Herr Günsel sehr wohl wussten, was in den letzten Monaten im Verbraucherbeirat besprochen und beschlossen wurde. Insofern muss die Behauptung von Herrn Günsel, er wäre unwissend, wohl korrigiert werden. Wenn jemand etwas nicht gewusst hat, dann der Verbraucherbeirat und zwar hinsichtlich des

Vorhabens des WAZV anstatt der Beiträge die Abwassergebühr zu senken. Dieser Vorschlag wurde weder in der AG noch im Verbraucherbeirat besprochen. Hier müsste Herr Günsel für Abhilfe sorgen.

Mit der Gebührensenkung wollen die Bürgermeister der Forderung nach Reduzierung der Abwasserbeiträge entgegnetreten. Ein durchschaubares Manöver, doch die Bürgermeister haben sich verrechnet. Die Diskussion wird weiter gehen und die Forderung nach Beitragssenkung bleibt.

*Frank Kuschel*

## Ignoranz, Unwissenheit und Sturheit siegte!

Am 11.09.2009 tagte die Verbandsversammlung des WAZV Arnstadt und Umgebung. Die Tagesordnung enthielt mehrere brisante Themen, die grundlegende Bedeutung für die Bürger hatten: Tagesordnungspunkt 16 „Ausschüttung von Rücklageanteilen im Bereich Trinkwasser“; TOP 17 „Satzungsänderung zu Teilbeiträgen im Abwasserbereich“ und TOP 18 „Satzungsänderung zu Gebühren im Abwasserbereich“.

Diese Punkte beinhalteten die Ausschüttung von 300.000 Euro an die Verbandsmitglieder im Trinkwasserbereich, die Abschaffung von zwei Teilbeiträgen und damit die Reduzierung von 3,40 Euro auf 2,65 Euro pro m<sup>2</sup> gewichteter Fläche sowie die Reduzierung der Abwassergebühr um 15 Cent pro m<sup>3</sup>.

Den Mitgliedern des WAZV lagen zu dieser Verbandsversammlung die Bilanz des WAZV für das Wirtschaftsjahr 2008 und die Beschlussentwürfe zur Vorbereitung vor. Jeder Bürgermeister hatte die Möglichkeit, sich tiefgründig mit der Gesamtproblematik zu beschäftigen. Bei Unklarheiten konnte der Zweckverband konsultiert werden.

Für die Bürgerinitiativen stellten sich die Tagesordnungspunkte 16, 17 und 18 als entscheidende dar. Daher beschäftigen wir uns in diesen Ausführungen hauptsächlich mit dieser Problematik. Vor der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 16 wurden nochmals Bedenken zur Rücklagenausschüttung geäußert.

Der Bereich Trinkwasser hat hohe Schulden abzutragen. Bevor Gewinne ausgeschüttet werden, sollten zuerst die Kredite getilgt werden, um die Zinsbelastungen zu reduzieren.

Diese Auffassung konnte sich nicht durchsetzen. Die Gewinnausschüttung wurde mit 102 „Ja“ zu 6 „Nein“-Stimmen angenommen. Der Verbraucherbeirat wurde über diesen Tagesordnungspunkt im Vorhinein nicht informiert und konnte keinen Standpunkt abgeben.

Vor der Abstimmung zu Punkt 17 der Tagesordnung teilte der Verbandsvorsitzende Herr Neuland mit, dass der Vertreter von Neusiß in der nichtöffentlichen Sitzung den Antrag gestellt hatte, die Tagesordnungspunkte 17 und 18 abzusetzen. Er begründete dies damit, dass noch Beratungsbedarf in den Städten und Gemeinden besteht und durch die neue Landesregierung Gesetzesänderungen zu erwarten sind. Über diesen Antrag wurde in der nichtöffentlichen Sitzung abgestimmt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Zum Tagesordnungspunkt 17 ergriff der Vertreter von Neusiß in der öffentlichen Sitzung erneut das Wort. Er begründete, warum die zwei Teilbeiträge abgeschafft werden sollten:

Mit 1,7 Millionen Euro Gewinn im Abwasserbereich besteht erstmals die Möglichkeit, Beiträge zu senken, ohne gleichzeitig die Gebühren zu erhöhen. Die Arbeitsgruppe des Verbraucherbeirates, die sich tiefgründig mit dieser Problematik beschäftigte, war wie folgt zusammengesetzt: Für den WAZV Arnstadt und Umgebung Herr Treyße, Herr Fidelak, Herr Weyh und für den Verbraucherbeirat Herr Adolf, Herr Kuschel, Herr Ritschel. Mit dieser Zusammensetzung wurde allen Seiten Rechnung getragen.

Die Arbeitsgruppe unterbreitete dem Verbraucherbeirat einstimmig den Vorschlag, zwei Teilbeiträge abzuschaffen. Herr Adolf begründete in der Verbraucherbeiratssitzung am 30.6.09 den Vorschlag und bezeichnete ihn als Kompromiss zwischen den Interessen der Gebühren- und Beitragszahler.

Die Abstimmung im Verbraucherbeirat ergab ein Stimmenverhältnis 12 : 7 für die Abschaffung der zwei Teilbeiträge. Der Verbraucherbeirat hat nur beratende Stimme. Es ist aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Mitglieder gewählte Vertreter der Städte und Gemeinden sind. Die Anzahl der Vertreter der einzelnen Orte ist entsprechend der Einwohnerzahl festgelegt. Sie vertreten die breite Masse der Bevölkerung des Verbandsgebietes und sind keine Lobbyisten von einzelnen Interessengruppen.

Im Lagebericht zur Bilanz 2008 konnte von jedem Bürgermeister der Sachverhalt zum Beschlussentwurf zur Teilbeitragsatzungsänderung nachgelesen werden. Jeder Bürgermeister hatte vor dieser wichtigen Entscheidung die Möglichkeit, Rücksprache mit seinen Verbraucherbeiratsmitgliedern zu nehmen und sich deren Beweggründe zum Vorschlag der Abschaffung der zwei Teilbeiträge erläutern zu lassen.

Für uns stellt sich die Frage, warum einige Bürgermeister unwissend waren und sich bei der Abschaffung der zwei Teilbeiträge dem möglichen Vorwurf der Willkür ausgesetzt sahen?

Der Werkleiter hätte als Mitglied der Arbeitsgruppe jederzeit auf aufgeworfene Fragen Antwort geben können. Er war schon während der Verbraucherbeiratssitzung von seiner Zustimmung in der Arbeitsgruppe abgerückt und schwieg nun.

Warum haben die Mitglieder des WAZV in der Arbeitsgruppe des Verbraucherbeirates der Streichung der zwei Teilbeiträge zugestimmt und später ihre Meinung geändert?

Repräsentieren die Mitglieder des Verbraucherbeirates nicht die breiten Schichten der Bevölkerung?

Dürfen ihre Vorschläge so einfach abgeschmettert werden?

Haben die Bürgermeister die Verbindung zu ihren Bürgern und deren finanziellen Belastbarkeiten verloren?

Satzungen sind veränderbar und in gewissen Zeitabständen den Realitäten anzupassen.

Infrastrukturmaßnahmen sind staatliche Aufgaben.

Mit 109 „Nein“ und 16 „Ja“-Stimmen wurde die Satzungsänderung abgelehnt. Das Stimmverhalten lässt hoffen, dass die Einsicht wächst, dass Zwangsbeiträge der falsche Weg zur Geldbeschaffung sind.

Der Gesetzgeber hat nicht zwangsläufig festgelegt, dass Beiträge zu erheben sind. Auch die Höhe bestimmt einzig und allein die Verbandsversammlung. Wir wissen auch nicht, welche Entscheidungen im Werkausschuss zur Vorbereitung der Verbandsversammlung getroffen wurden. Diese war, entgegen vorausgegangener Sitzungen, nicht öffentlich.

Die Satzungsänderung zur Senkung der Abwassergebühren um 15 Cent wurde angenommen.

Die Verbandsversammlung am 11.09.2009 hat entschieden. Es waren unserer Meinung nach falsche Entscheidungen.

Alle Bürgermeister führen in ihrem Verantwortungsbereich Sprechstunden durch. Diese sollten von uns Bürgern verstärkt genutzt werden, um Diskussionen zu Gebühren und Beiträgen im WAZV-Bereich zu führen.

Alpträume und Canossagänge wegen Geldbeschaffungsmaßnahmen aus den Gründerzeiten des WAZV sollten 2009 keine Auswirkungen mehr auf Entscheidungen haben.

Die finanzielle Situation hat sich grundlegend geändert und sollte die einseitige Überlastung der Grundstückseigentümer beenden.

Alle Verantwortlichen sollten ihre Entscheidungen überdenken und eingefahrene Denk- und Verhaltensmuster ändern.

Ein Rückschlag kann auch ein neuer Anfang sein.

Die Gerechtigkeit wird sich durchsetzen.

BI Neusiß

## Abwasserbeitragsenkung jetzt!

Der Sprecherrat der Bürgerinitiativen aus dem Bereich des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt (WAZV) forderte von den Bürgermeistern, der vom Verbraucherbeirat vorgeschlagenen Reduzierung der Abwasserbeiträge von 3,40 EUR pro Quadratmeter gewichtete Grundstücksfläche auf 2,65 EUR zuzustimmen. Diese Entscheidung sollte am 11. September 2009 in der Verbandsversammlung getroffen werden. Der Jahresabschluss 2008 des Zweckverbandes machte deutlich, dass diese Beitragsreduzierung ohne Gebührenerhöhung machbar gewesen wäre. Der Zweckverband hatte 2008 im Abwasserbereich einen Gewinn von rund 1,7 Millionen EUR erzielt und reduzierte die Abwassergebühren ab 2010 um 15 Cent. Die Reduzierung der Abwasserbeiträge

wäre aber für die Bürger wirksamer als die geplante Gebührensenkung. Wenn die Bürgermeister dem Vorschlag des Verbraucherbeirates zugestimmt hätten, müssten die Bürger insgesamt 20 Millionen EUR weniger Abwasserbeiträge zahlen und rund 5 Millionen EUR bereits gezahlter Beiträge hätten zurückerstattet oder verrechnet werden können. Davon hätten nicht nur die Grundstückseigentümer, sondern auch die Mieter profitiert. Die Mieter müssen letztlich über die Miete auch die Abwasserbeiträge finanzieren. Darauf hatte der Geschäftsführer der Arnstädter Wohnungsbaugesellschaft im Verbraucherbeirat mehrfach hingewiesen. Trotz der möglichen Beitragsreduzierung würden die Abwasserbeiträge in der Arnstädter Region immer noch mehr als doppelt so hoch sein wie im südlichen

Ilm-Kreis und dies bei vergleichbarem Gebührenniveau. Auch deshalb war die Forderung der Bürgerinitiativen keinesfalls überzogen.

Der Zweckverband sollte die vom Land beschlossenen höheren Erstattungsregelungen jetzt nicht zum Vorwand nehmen, sich der vorgeschlagenen Beitragsreduzierung zu verweigern. Es ist skandalös, dass die Thüringer CDU über derartige Erstattungsregelungen die Zweckverbände „motiviert“, möglichst hohe Abwasserbeiträge zu erheben. Die Bürgermeister sollten einer solchen Politik eine Absage erteilen und stattdessen die berechtigten Bürgerinteressen in den Mittelpunkt ihrer Entscheidungen rücken. Die Chance zur Reduzierung der Abwasserbeiträge darf nicht ungenutzt bleiben.

## Anfragen an den neuen Vorsitzenden des WAZV Arnstadt

Seit August 2009 ist der Bürgermeister der Stadt Stadtilm Verbandsvorsitzender des WAZV Arnstadt. Die Redaktion des „Widerspruchs“ hat sich an Herrn Günzel mit der Bitte um ein Interview gewandt. Das Schreiben an Herrn Günzel hatte folgenden Wortlaut:

*Sehr geehrter Herr Günzel,*

*wie Ihnen bekannt ist, veröffentlicht der Sprecherrat der Bürgerinitiativen aus dem Bereich des WAZV die Zeitschrift „Der Widerspruch“.*

*Für Anfang Dezember ist eine weitere Ausgabe geplant.*

*Im Sprecherrat ist der Vorschlag unterbreitet worden, dass Sie als neu gewählter Vorsitzender des WAZV Fragen der Bürger im Rahmen eines Interviews beantworten.*

*Im Auftrag des Sprecherrates frage ich hiermit an, ob Sie zur Beantwortung dieser Fragen bereit sind.*

*Nachfolgend übersende ich Ihnen diese Fragen.*

*Ich bitte Sie, bis zum 18. November 2009 mir mitzuteilen, inwieweit wir mit einer Beantwortung der Fragen bis zum 27. November 2009 rechnen können.*

*Folgende Fragen wurden durch Bürger bzw. den Sprecherrat an Sie formuliert:*

*1. Unmittelbar nach Ihrer Wahl haben Sie in einem Presseinterview erklärt, der Vorschlag des Verbraucherbeirates, die Abwasserbeiträge zu senken, konnte in der*



Bürgermeister Günzel sah sich nicht veranlasst, auf Fragen zu antworten: „Es interessiere ja sowieso keinen.“

*Verbandsversammlung nicht behandelt werden, weil Sie erst einen Tag vorher diesen Vorschlag aus der Presse erfahren haben. Andererseits wurde über den Vorschlag mehrere Monate in einer AG und im Verbraucherbeirat diskutiert, in dem auch Bürgermeister und Verbandsvertreter mitgewirkt haben. Wie erklären Sie sich das offensichtliche Informationsdefizit?*

*2. Im Prüfungsbericht 2008 des WAZV ist nachzulesen, dass der WAZV über 11 Mio. Euro Geldguthaben verfügt und die Gewinnsituation beachtlich ist. Warum*

*wird diese gute betriebswirtschaftliche Situation nicht genutzt, um eine Reduzierung der Abwasserbeiträge in Erwägung zu ziehen?*

*3. Streitpunkt „Straßenentwässerungsgebühren“: Sollen auch künftig über eine Rücklagenausschüttung des WAZV die Mitgliedsgemeinden „motiviert“ werden, die gesetzlich geforderten Straßenentwässerungsgebühren an den Zweckverband zu zahlen?*

*4. Die Verbandsversammlung hat die Reduzierung der Abwasserbeiträge abgelehnt. Gilt dieser Beschluss für ewig oder ist es vorstellbar, diese Diskussion im Zweckverband im Verbraucherbeirat fortzuführen?*

*5. Weshalb hat der Zweckverband Gewinne teilweise an die Mitgliedsgemeinden ausgezahlt, anstatt mit diesen Geldern die noch vorhandenen Schulden im Wasserbereich in Höhe von rund 9 Mio. Euro zu tilgen?*

*6. Die Bürger sollen, so ist dem Wirtschaftsprüfungsbericht 2008 zu entnehmen, noch 26 Mio. Euro Abwasserbeiträge zahlen. Andererseits hat der Verband im Abwasserbereich nur noch 15 Mio. Euro Schulden. Wie wird erklärt, dass die Bürger mehr Abwasserbeiträge zahlen sollen als der Zweckverband Schulden aufweist?*

*7. Wie stellen Sie sich künftig die Zusammenarbeit mit dem Verbraucherbeirat vor?*

*- Fortsetzung auf Seite 5*

## SPD verhindert Politikwechsel

8. Was muss sich aus Ihrer Sicht in der Arbeit des WAZV noch verbessern?

*Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen.  
Mit freundlichen Grüßen*

Da sich Herr Günsel bis 18. November 2009 nicht gemeldet hatte, wurde am 19. November 2009 nochmals telefonisch angefragt.

Während des Telefonats machte Herr Günsel deutlich, dass er die Fragen nicht beantworten wird. Nach seiner Überzeugung wären die Bürger an den Antworten nicht interessiert. Zudem seien die Fragen falsch gestellt. Das Angebot an Herrn Günsel, die Fragen entsprechend seiner Hinweise zu korrigieren, lehnte er aber ebenfalls ab.

Also, wir können an dieser Stelle leider die Antworten nicht abdrucken. Herr Günsel schweigt und setzt damit die Politik seines Vorgängers nahtlos fort. Schade, die Bürger hätten eigentlich Antworten verdient.

Unter Missachtung des Wählerwillens lehnte der SPD-Parteitag den Weg für neue konstruktive Verhandlungen zwischen Linken, SPD und Grünen ab. Es gab keine SPD-Mehrheit, die den Wählerwillen respektierte und eine Landesregierung aus CDU und SPD ablehnte. Die große Chance für eine neue Politik in Thüringen wurde vertan, eine neue Politik, die auch ein modernes und sozial gerechtes Kommunalabgabenrecht ohne Zwangsbeiträge thematisieren würde. Daran konnte auch der Aufruf der Bürgerallianz Thüringen für eine Regierung aus Linken, SPD und Grünen nichts mehr ändern. Das Treffen der Bürgerinitiativen am 25.10.2009 auf dem Erfurter Messegelände, eine Stunde vor Beginn des Parteitages der SPD, protestierte gegen das Zusammengehen der SPD mit der CDU und richtete sich letztlich gegen das Unterzeichnen des Koalitionsvertrages.

Eine Landesregierung unter Führung und Beteiligung der CDU wird auch weiter Ungerechtigkeiten bei Kommunalabgaben zur Folge haben. Reformen wird es nicht geben. Und der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD unterstreicht

dies. Die SPD hat sich so selbst von ihrer Begrenzungsposition der finanziellen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger verabschiedet, was noch im August diesen Jahres im Thüringer Landtag im Rahmen von Änderungsanträgen zum Kommunalabgabengesetz gefordert wurde. Bei der Straßenausbaubeitragserhebung haben sich CDU und SPD nur auf die Prüfung der Begrenzung der rückwirkenden Erhebung der Beiträge verständigt. Ursprünglich wollte auch hier die SPD wenigstens bestehende Ungerechtigkeiten beheben. Auch das findet sich im Koalitionsvertrag nicht wieder. Kurz, die SPD hat im Kommunalabgabenbereich die eigenen Positionen aufgegeben zugunsten des Regierungsbündnisses. Die berechtigten Forderungen der Bürgerinnen und Bürger nach sozial vertretbaren Kommunalabgaben in Thüringen, nach Abschaffung ungerechter und unzeitgemäßer Abwasser- und Straßenausbaubeiträge sind plötzlich bedeutungslos geworden. Alles kann man nicht durchsetzen, man muss Prioritäten setzen.

*Bürgerinitiative Bittstädt*

## Gesammelte Werke

### - aus dem Munde junger SPD-Genossen, vor Beginn des SPD-Parteitages in Erfurt -

Die Thüringer Bürgerallianz als Dachverband zahlreicher Thüringer Bürgerinitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben lehnt eine Landesregierung unter Beteiligung der CDU ab. Mit der CDU wird es keine Abschaffung kommunaler Zwangsbeiträge geben.

Der Protest richtet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Entscheidung des SPD-Landesvorstandes, ein Regierungsbündnis mit der CDU einzugehen, welches den Wählerwillen missachtet.

Man erwartet, dass eine Mehrheit des SPD-Parteitages den Wählerwillen respektiert und sich daran erinnert, dass das Statut der SPD mit Arbeiterblut geschrieben wurde und nicht mit schwarzer Tinte. Deshalb darf es zu keinem Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD kommen!

Mitglieder von Bürgerinitiativen ermahnten diesbezüglich die Delegierten auf dem Messegelände in Erfurt noch vor Beginn des Parteitages; verteilten Flyer und versuchten mit jungen Genossinnen und Genossen ins Gespräch zu kommen.

Entsetzt mussten sie von einer Vielzahl junger arroganter Genossen auch solche Antworten erfahren wie:

- Alles, was mit Bürgerallianz zu tun hat oder von denen kommt, ist verblödet und ohne Hirn.

- Ich verzichte auf ein Gespräch.

- Was wollt Ihr überhaupt hier? Wir haben doch eine gute Lösung gefunden!

- Was Sie denken und glauben, das interessiert uns nicht.

- Es ist kein Geld in der Kasse, Sie müssen Beiträge für Abwasser und Straße zahlen.

- demonstratives Zerknüllern von Flyern

- Zerreißen von Flyern

- Ja ich nehme den Flyer mit, ich kann ihn ja zum „Arschwischen“ verwenden.

- Warum steht Ihr hier, Euer gewünschter Regierungswechsel ist doch erfolgt.

Zudem mussten die Mitglieder der Bürgerinitiativen das ganze Programm der Einschüchterung von diversen Sicherheitsleuten über sich ergehen lassen, inbegriffen Falschbehauptungen.

So haben junge SPD-Genossen reichlich Minuspunkte für die sozialdemokratische Partei Deutschlands gesammelt.

*Bürgerinitiative Bittstädt*

#### **Bürgerinitiativen im Internet:**

Arnstadt:  
[www.guebuehregerechtigkeit.de](http://www.guebuehregerechtigkeit.de)

Kranichfeld:  
[www.ba-kranichfeld.de](http://www.ba-kranichfeld.de)

Bittstädt  
[www.bi-bittstaedt.de](http://www.bi-bittstaedt.de)

Bürgerallianz Thüringen  
[www.buergerallianz.de](http://www.buergerallianz.de)

## Matschie (SPD) rechtfertigt überhöhte Kommunalabgaben

In der Debatte am 19. November 2009 zur Regierungserklärung der Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) im Thüringer Landtag hat Christoph Matschie (Stellvertretender Ministerpräsident; SPD) die bisherige Kommunalabgabepolitik der Thüringer Landesregierung verteidigt und einer Kostenentlastung für die Bürger eine Absage erteilt.

Insbesondere sprach sich Matschie für die Beibehaltung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge aus. Eine Abschaffung oder Absenkung der Beiträge, so wie es DIE LINKE fordert, wäre aus Sicht des SPD-Landesvorsitzenden nicht finanzierbar. Der Landeshaushalt würde mit Millionenbeträgen zusätzlich belastet. Matschie war sich nicht zu schade, der LINKEN vorzuwerfen, dass diese sich gegen Bildungsausgaben wendet, weil Beitragsabschaffung und Bildung ja nicht gleichzeitig durch das Land finanzierbar wären. „Wer Beiträge abschaffen will, verhindert die Sanierung von Schulen oder die Einstellung von Lehrern“, so Matschie. DIE LINKE würde den Bürgern Versprechen machen, ohne zu sagen, wer dies finanzieren soll.

„Hier zeigt sich, wie rückwärtsgewandt und kenntnislos die SPD mit der Abwasser- und Straßenausbaubeitragsproblematik umgeht“, erklärt hierzu Frank Kuschel, der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE.

Dieses Beitragssystem aus dem späten 19. Jahrhundert ist nicht mehr geeignet, die Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen. Entgegen der Behauptung des SPD-Ministers muss eine Beitragsreduzierung und –abschaffung nicht zwingend zu einer finanziellen Mehrbelastung im Landeshaushalt führen.

Um am Abwasserbeitragssystem festzuhalten, hat der Landtag mit CDU-Mehrheit nur wenige Tage vor der Landtagswahl im August 2009 beschlossen, in den nächsten Jahren 1,9 Mrd. EUR an die Zweckverbände zusätzlich zu zahlen. „Etwa 800 Millionen EUR würden jedoch ausreichen, um das Problem der Abwasserbeiträge zu lösen“, erläutert Frank Kuschel und fragt, „warum setzt hier nicht die SPD an?“

Zudem müsste geprüft werden, ob es tatsächlich noch nötig ist, weitere 3,5 Mrd. EUR in die Abwassersysteme zu investieren, so wie dies die Verbände und die Landesregierung planen. „Durch die Orientierung auf dezentrale Abwassersysteme im ländlichen Raum könnten mindestens 1,5 Mrd. EUR gespart werden“, rechnet der Linkspolitiker vor. In der Folge könnten Beiträge sinken oder vollständig abgeschafft werden. Herr Matschie hat offenbar bisher auch nicht registriert, dass nach den Vorstellungen der LINKEN und der Bürgerinitiativen die Abwasserinvestitionen künftig über die Gebührenerhebung refinanziert werden sollen. Dies würde

die Verbände zu einer wirtschaftlichen Arbeitsweise zwingen. Alle Investitionen würden noch mehr am Kriterium der Notwendigkeit bemessen. Der Landeshaushalt wäre dadurch überhaupt nicht betroffen. Doch Herr Matschie hat eigentlich nur eine Begründung für die ablehnende Haltung der SPD zur Beitragsabschaffung gesucht. „Sein Versuch, hier haushaltsrechtliche Begründungen zu geben, ist aber kläglich an seiner tatsächlichen oder vorgetäuschten Unwissenheit gescheitert“, ist Frank Kuschel überzeugt.

Im Zusammenhang mit den Straßenausbaubeiträgen sind die Bedenken von Herrn Matschie durchaus diskussionswürdig, jedoch auch nur dann, wenn man die von der LINKEN angebotenen Lösungen einfach nicht zur Kenntnis nimmt. „Ein Vorschlag der LINKEN ist, anstelle der Straßenausbaubeiträge eine zusätzliche Grundsteuer in den Gemeinden zu erheben“, erläutert Frank Kuschel. Auch dies würde das Land nicht finanziell in die Pflicht nehmen. Die Bürger hingegen würden insgesamt entlastet. Perspektivisch müssen die Gemeinden am Aufkommen der Mineralöl- und/oder KFZ-Steuer beteiligt werden, so dass die kommunalen Straßen, so wie auch der Ausbau der Landes- und Bundesstraßen steuerfinanziert werden. Hier könnte die SPD wirken, wenn sie es denn politisch wollte. „Doch dieser politische Wille ist gegenwärtig nicht erkennbar, leider“, so Kuschel abschließend.

## Verbraucherbeiratschef verweigert sich der Diskussion im Stadtrat

Nach jahrelanger Blockadehaltung durch die Bürgermeister wurde im Juni 2008 im Wasser- und Abwasserzweckverband Arnstadt (WAZV) ein Verbraucherbeirat geschaffen.

In der damaligen personellen Zusammensetzung hat der Beirat zwischenzeitlich seine Arbeit beendet. Dies steht im Zusammenhang mit der Kommunalwahl im Juni diesen Jahres. Gegenwärtig werden die neuen Mitglieder des Verbraucherbeirates in den Mitgliedsgemeinden des WAZV bestimmt. Ob in diesem Jahr der neue Verbraucherbeirat seine Arbeit aufnimmt, bleibt abzuwarten. Die Bürgermeister haben es da nicht so eilig. Viele Bürgermeister empfinden den Verbraucherbeirat sowieso störend, obwohl er kaum Rechte hat.

DIE LINKE im Stadtrat Arnstadt beantragte eine Berichterstattung und Diskussion mit dem Vorsitzenden des Verbraucherbeirates, Rechtsanwalt Schmidt, der

für den Mieterbund im Beirat tätig war. An der Arbeit des Vorsitzenden gab es in der Vergangenheit immer wieder Kritik, weil im Vorfeld von Verbandssitzungen des WAZV keine Zusammenkünfte der Verbraucherbeiräte stattfanden und auch die Beschlüsse des Beirates nur recht zögerlich durch den Vorsitzenden umgesetzt wurden. Es gab auch immer wieder Kritik, weil Rechtsanwalt Schmidt offensichtlich sich eher als Interessenverwalter der Bürgermeister, nicht aber der Verbraucher sah. Manches Beiratsmitglied sprach deshalb auch schon mal von Blockade- und Verzögerungspolitik des Vorsitzenden. Ohne erkennbaren Widerstand ließ es Herr Schmidt zu, dass selbst Fragen des Verbraucherbeirates von der Werkleitung des Zweckverbandes einfach nicht beantwortet wurden. Dadurch konnte der Beirat seine Kontrollfunktion gegenüber dem Verband nur ansatzweise wahrnehmen. Die Bürgermeister waren durchaus

zufrieden, nicht so die Bürger.

Darüber wollte die LINKE mit dem Beiratsvorsitzenden im Stadtrat diskutieren. Doch dazu kam es nicht. Rechtsanwalt Schmidt legte dem Stadtrat nur eine protokollarische Berichterstattung schriftlich vor und verweigerte sich der Diskussion. Damit scheinen sich die Vermutungen zu bestätigen, dass der Beiratsvorsitzende im Wesentlichen die Aufgabe hatte, das Gremium zur Bedeutungs- und Wirkungslosigkeit zu führen. Dazu passt die Diskussionsverweigerung im Stadtrat. Sein Ziel hat Herr Schmidt bedauerlicherweise fast erreicht. Jetzt bleibt für den Bürger die Hoffnung auf den neuen Verbraucherbeirat. Herr Schmidt will wohl nicht wieder kandidieren. Mal sehen, wen die Bürgermeister an dessen Stelle platzieren und ob der Nachfolger sich auch so instrumentalisiert wie der bisherige Beiratschef.

*Frank Kuschel*

## Bürger müssen weiter zahlen, trotz Rekordgewinn beim WAZV

Der Wasser- und Abwasserzweckverband Arnstadt (WAZV) hat im vergangenen Jahr einen Rekordgewinn erwirtschaftet, trotzdem reduzieren sich die Abwassergebühren nur gering um 0,15 EUR pro Kubikmeter“, kritisiert Frank Kuschel, Stadtrat der LINKEN und Mitglied im Verbraucherbeirat des WAZV.

So erfreulich ein Jahresgewinn von über 3 Millionen EUR ist, profitieren jedoch die Bürger in der Region kaum selbst davon, obwohl sie über die Gebühren den Gewinn erst ermöglicht haben.

Doch der Verband hat nicht nur einen erstaunlich hohen Jahresgewinn erzielt, sondern zwischenzeitlich rund 11 Millionen EUR Barmittel, also Guthaben bei den Banken. Diesen „flüssigen Mitteln“ stehen Schulden von 9 Millionen EUR im Wasserbereich und 15,5 Millionen EUR im Abwasserbereich gegenüber.

Eines der größten Schuldner des WAZV

sind die eigenen Mitgliedsgemeinden. Die zahlen immer noch sehr zögerlich die gesetzlich vorgeschriebenen Straßentwässerungsgebühren für ihre Gemeindestraße. Zwischenzeitlich sind mehr als 1,6 Millionen EUR aufgelaufen. Ein Zweckverband, der von den Bürgern die pünktliche Zahlung der Gebühren und Beiträge verlangt, sollte gleiche Forderungen an die Mitgliedsgemeinden stellen. Es ist nicht zu viel verlangt, wenn man fordert, dass Bürgermeister eine Art Vorbildrolle für die Bürger zeigen. Es ist dauerhaft nicht hinnehmbar, dass die Bürgermeister die gesetzlich geforderten Gebühren an den Zweckverband einfach nicht zahlen. In dem Zusammenhang ist es auch inakzeptabel, dass die Bürgermeister die gesetzliche Erhöhung der Straßentwässerungsgebühren einfach nicht umsetzen. Für den Verband entstehen Einnahmeverluste von geschätzt über

100.000 EUR, die dann der Bürger wieder zahlen darf.

Obwohl der Verband gegenwärtig nur noch rund 15,5 Millionen EUR Schulden im Abwasserbereich hat, sollen die Bürger in nächster Zeit über 25 Millionen EUR Abwasserbeiträge zahlen. Die Bürger gewähren somit dem Zweckverband bald einen Kredit für künftig geplante Investitionen.

Diese Zahlen zeigen jedoch auch, dass der Vorschlag des Verbraucherbeirates, die Abwasserbeiträge von 3,40 auf 2,65 EUR pro Quadratmeter gewichtete Grundstücksfläche zu senken, ohne größere Probleme finanzierbar wäre. Was fehlt ist der politische Wille der Bürgermeister, wobei diese ihre Blockadehaltung nicht einmal ansatzweise begründen können.

Hier ist nun endlich ein Umdenken nötig.

*Frank Kuschel*

## Bürger zahlen für die Stadt

„Die Straßentwässerungsgebühren, die Arnstadt für seine Straßen an den Abwasserverband zahlen muss, werden im Wesentlichen auf Umwegen den Bürgern aufgebürdet“, kritisiert Frank Kuschel, Stadtrat der LINKEN zum wiederholten Mal.

Diese Verfahrensweise, auf die sich die Bürgermeister im Wasser- und Abwasserzweckverband Arnstadt (WAZV) verständigt haben, ist rechtlich und politisch äußerst umstritten.

Die Straßentwässerungsgebühren sind dem Grunde nach ausschließliche Angelegenheit der Straßenbaulastträger, also auch der Städte und Gemeinden. Eine „Abwälzung“ der Gebühr auf den Bürger ist gesetzlich untersagt. Doch die Bürgermeister haben einen Trick gefunden, den Bürgern die Kosten doch weiterzuleiten. Im WAZV haben sie durchgesetzt, dass erzielte Gewinne aus den Wassergebühren teilweise an die Kommunen ausbezahlt werden. Diese Gewinnausschüttung, die als Rücklagenausschüttung „getarnt“ wird, betrug für das Wirtschaftsjahr 2007 insgesamt 300.000 EUR. Die Auszahlung wird mit den Gebührenpflichten der Kommunen für ihre Straßentwässerung verrechnet. „Somit zahlt letztlich der Bürger für seine Kommune, obwohl das Gesetz etwas anderes regelt“, ist Frank Kuschel überzeugt.

Dass es sich um eine Gewinnausschüttung handelt, wird auch daran sichtbar, dass der Verband an das Finanzamt Kapitalertragssteuer in Höhe von 35.000 EUR zahlen musste.

Die Gewinne des WAZV resultieren aus den Gebührenzahlungen der Bürger. Die Gewinnausschüttung ist auch deshalb fragwürdig, weil der Verband im Wasserbereich noch rund 9 Millionen EUR



Schulden hat. „Wer Schulden hat, muss die Gewinne für die Tilgung verwenden und die nicht auszahlen und dafür auch noch Steuern abführen“, fordert der Linkspolitiker. Zu vermuten ist auch, dass der Verband von den Bürgern zu hohe Gebühren verlangt. Die Wassergebühren wurden zu Jahresbeginn minimal um 11 Cent pro

Kubikmeter gesenkt, sicher um dem Protest gegen die Gewinnausschüttung die Wucht zu nehmen. Jetzt zeigt sich, dass die Gebühren noch stärker hätten gesenkt werden können, wenn die Bürgermeister nicht ihre kommunalen Haushalte auf Kosten der Bürger sanieren würden. Die Bürgermeister müssen endlich akzeptieren, dass sie im Zweckverband die Interessen der Bürger zu vertreten haben und deren Geld nur treuhänderisch verwalten. Von diesem Grundsatz sind die Bürgermeister aber gegenwärtig sehr weit weg. Da wundert man sich auch nicht mehr, dass die Bürgermeister der notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Erhöhung der Straßentwässerungsgebühr von 0,45 EUR pro laufenden Meter Straßentwässerung auf 0,54 EUR einfach ablehnten. Diese Verweigerung entlastet die

Haushalte der Kommunen, belastet aber erneut die Bürger zusätzlich.

„Die Bürgermeister sind gefordert, mit einer solchen Politik, die die Bürger unnötig finanziell belastet, Schluss zu machen“, so Frank Kuschel abschließend.

*Frank Kuschel*

## Bürgermeister Köllmer (Pro Arnstadt) verhindert weiter Bürgerbegehren

Der Bürgermeister von Arnstadt, Hans-Christian Köllmer (Pro Arnstadt), verhindert bereits seit nahezu zwei Jahren die Durchführung eines Bürgerbegehrens zur Zukunft des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt (WAZV).

Im Dezember 2007 hatten Vertreter der Bürgerinitiativen, der LINKEN und SPD beim Bürgermeister einen Antrag auf Durchführung eines Bürgerbegehrens gestellt. Nach dem Willen der Antragsteller sollten die Bürger darüber abstimmen können, in welcher Struktur der WAZV künftig arbeiten soll. Geklärt werden sollte auch die Finanzierungsform für die abwasserwirtschaftlichen Investitionen. Hintergrund ist das überdurchschnittlich hohe Gebühren- und Beitragsniveau des Verbandes. Der Verband gehört in der Region zu den teuersten Abwasserentsorgern. Dies sollte sich ändern. Und weil sich die Bürgermeister jeder Veränderung

und Diskussion verweigerten, sollten letztlich die Bürger entscheiden.

Doch der Bürgermeister lehnte den Antrag ab, so dass das Verwaltungsgericht in Weimar entscheiden musste.

Das Gericht erklärte im Mai 2008 den Antrag auf Zulassung des Bürgerbegehrens für rechtmäßig und wies alle Bedenken des Bürgermeisters zurück. Das Bürgerbegehren hätte somit vor eineinhalb Jahren stattfinden können. Doch Köllmer wollte das Urteil aus Weimar nicht akzeptieren und legte Beschwerde beim Obergericht ein. Ein Bürgermeister, der seine Bürger verklagt, nur weil diese in einer wichtigen Sache mitentscheiden wollen, hat offenbar seinen Beruf verfehlt und sollte daraus seine Konsequenzen ziehen. Dies setzt natürlich bestimmte Persönlichkeitseigenschaften voraus, über die Herr Köllmer allerdings nicht verfügt.

Das Thüringer Obergericht muss sich auch Verzögerungstaktik vorwerfen lassen. Seit mehr als einem Jahr liegt die Sache zur Entscheidung beim Gericht, doch dieses schweigt.

Den Antragstellern bleibt nur, sich weiter in Geduld zu üben, sind doch die Gerichte letztlich unabhängig und können nicht gezwungen werden, wann sie eine Entscheidung treffen. Erklärbar ist das Gerichtsverhalten jedoch ebenso wenig wie das Agieren des Bürgermeisters.

Eigentlicher Gewinner in dieser Sache ist der WAZV. Der kann weiter so wirtschaften wie bisher, ohne die Vorschläge und Forderungen der Bürger befürchten zu müssen. Damit wird auch deutlich, in welchem Interesse der Bürgermeister handelt, es sind nicht - wie gedacht - die Bürger, sondern der WAZV mit seinem doch recht undurchdringlichen Geschäftsgebaren.

*Frank Kuschel*

## Eleonore Mühlbauer erneut Mitglied im Verbraucherbeirat

Wie der Verbandsvorsitzende des Wasser- und Abwasserzweckverbandes in seinem Schreiben vom 26.11.2009 mitteilt, sind nunmehr alle Meldungen für den neu zu besetzenden Verbraucherbeirat eingereicht worden. Die konstituierende Sitzung des Verbraucherbeirates findet am Mittwoch, dem 06.01.2010, in der Verbandskläranlage in Ichtershäusen statt. Dort werden die Beiräte berufen und ein Vorsitzender bzw. eine Vorsitzende gewählt. Eleonore Mühlbauer gehört dem Gremium erneut an und äußert

sich in Bezug auf Ihre Tätigkeit dort wie folgt: „Ich werde mich im Verbraucherbeirat weiter für die Abschaffung überhöhter Abwasserbeiträge und für ein demokratisches Mitspracherecht der betroffenen Bürger und Bürgerinnen einsetzen. Eine gerechte Verteilung der Kostenlast zwischen Gebühren und Beiträgen ist erforderlich. Diese Ziele werde ich in allen Gremien im Stadtrat, Kreistag und Landtag verfolgen.“

## Beitragschaos in Frauenwald und kein Ende?

„Das Chaos in Frauenwald im Zusammenhang mit der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen geht in die nächsten Runde und die Bürger fragen zurecht, wann nun endlich Rechtsklarheit herrscht“, informiert Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter der LINKEN.

Zum wiederholten Male hat jüngst das Verwaltungsgericht Weimar die Straßenausbaubeitragssatzung der Gemeinde Frauenwald zu Fall gebracht, weil sie erhebliche Rechtsmängel hatte. Seit 1996 versucht Frauenwald, rechtssicher Straßenausbaubeiträge zu erheben. Über 350.000 Euro sollen die Bürger der Gemeinde für Straßenausbaumaßnahmen zahlen. 2004 wurde die Satzung vom Gemeinderat beschlossen, die nun erneut vom Verwaltungsgericht gestoppt wurde. Diese Gerichtsentscheidung kommt nicht überraschend, zu offensichtlich waren die Rechtsmängel. Doch anstatt den Dialog mit den Bürgern zu suchen, hat die zuständige Verwaltungsgemeinschaft die

Bürger ins Klageverfahren gezwungen, sicherlich auch in der Hoffnung, dass dies die Bürger abschreckt. Dieses fragwürdige Konzept der Verwaltung ging nicht auf.

Fragen sind auch an den Landrat des ILM-Kreises zu richten, der als Rechtsaufsichtsbehörde die Satzung von Frauenwald genehmigte und damit eine Mitverantwortung für die Rechtsmängel trägt. „Auch der Landrat war nicht zum Dialog mit den Bürgern bereit, sondern schob die Verantwortung an die Gerichte ab“, schätzt Frank Kuschel ein.

Wie es jetzt weiter gehen wird, ist völlig offen. Die Gemeinde könnte das Verfahren fortsetzen, was jedoch kaum Aussicht auf Erfolg haben dürfte. Sinnvoller wäre tatsächlich eine Lösungssuche gemeinsam mit den Bürgern.

Zu verweisen ist jedoch auch auf die Verantwortung des Landes. Seit Jahren hat die Landesregierung Lösungen für die Probleme bei der Erhebung der Straßen-

ausbaubeiträge angekündigt, ohne dass sich etwas getan hat. Die neue Regierungskoalition aus CDU und SPD habe auch keine konkreten Vereinbarungen zu diesem Problemkreis getroffen. DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung, diese nicht mehr zeitgemäße Kostenbeteiligung der Bürger abzuschaffen. Diese Beiträge gibt es nur in der Bundesrepublik, jedoch in keinem anderen Mitgliedsstaat der EU. Selbst in der Bundesrepublik haben drei Bundesländer dieses Finanzierungsmodell nicht mehr.

Die Vorgänge in Frauenwald zeigen jedoch auch, dass die Verwaltungsgemeinschaft „Rennsteig“ offensichtlich in der jetzigen Struktur nicht in der Lage ist, die konkreten Rechtsprobleme des Straßenausbaubeitragsrechts im Dialog mit den Bürgern zu bearbeiten. „Das Festhalten an dieser Struktur ist weder im Interesse der Bürger noch sichert es dauerhaft rechts-sicheres Handeln“, ist der Linkspolitiker überzeugt.

## Bewertung Koalitionsvertrag CDU und SPD Thüringen

CDD und SPD bilden in Thüringen die Landesregierung. Im Koalitionsvertrag ist mit Blick auf das Thema „Kommunalabgaben“ folgendes vereinbart:

Im ländlichen Bereich soll es weiterhin Fördermittel im Abwasserbereich geben. Bei der Entscheidung über künftige Entsorgungsvarianten sollen betroffene Bürger mit einbezogen werden. Das ist keine andere Politik, sondern Fortsetzung des bisherigen CDU-Konzeptes.

Notwendig wäre ein konsequentes Umsteuern im Bereich der Abwasserpolitik, weg von zentralen, hin zu dezentralen Abwasserkonzepten. Die kommunalen Aufgabenträger wollen in den nächsten Jahren noch 3,5 Milliarden EUR in zentrale Abwasseranlagen investieren. Dieser Irrsinn muss gestoppt werden. Dafür hatte sich auch ursprünglich die SPD ausgesprochen.

Die finanzielle Belastung der Bürger, insbesondere durch Abwasserbeiträge, sollte aus Sicht der SPD zumindest begrenzt werden. Der Koalitionsvertrag enthält keine Aussagen darüber. DIE LINKE und die GRÜNEN wollten die Abwasserbeiträge künftig abschaffen und alle Investitionen über Gebühren refinanzieren.

Die künftige Koalition will am System der Straßenausbaubeiträge festhalten. Das Problem der rückwirkenden Erhebung soll bis

Ende 2010 gesetzlich gelöst werden. Grundsätzlich kommen nur Lösungen in Betracht, die das Land finanziell verkraften kann. Damit wird sich wahrscheinlich die SPD mit ihrem Vorschlag auf eine Stichtagsregelung durchsetzen können, zumal die CDU in dieser Frage bereits Entgegenkommen signalisiert hatte. Strittig war bisher nur das Jahr, bis zu dem rückwirkend Straßenausbaubeiträge erhoben werden können.

CDU und SPD wollen künftig bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen die Interessenvertretungen der Bürger frühzeitig einbeziehen. Dies regelt jetzt bereits der § 13 Thüringer Kommunalabgabengesetz. Was bitte ist daran neu?

DIE LINKE lehnt die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen grundsätzlich ab und strebt im Zusammenhang mit einer Reform der Kommunal Finanzen mittelfristig die Abschaffung an. Kurzfristig sollen nach dem Vorbild der Regelungen in Sachsen die Gemeinden selbst entscheiden können, ob überhaupt Straßenausbaubeiträge erhoben werden und wie hoch die Straßenausbaubeiträge sein sollen.

Vor der Wahl wollte die SPD die finanzielle Belastung der Bürger durch Straßenausbaubeiträge begrenzen. Auch hierzu ist im Koalitionsvertrag nichts zu finden.

*Frank Kuschel*

## Information zum Stand der Auseinandersetzung mit dem WAZV

Die Bürgerinitiative Arnstadt („Bündnis für Gebührengerechtigkeit“) gegen die überhöhten Abwasserabgaben des WAZV hat mehrfach in öffentlichen Veranstaltungen und in wöchentlichen Sprechstunden betroffene Bürger beraten. Trotzdem gibt es immer wieder Unklarheiten zum Stand der Dinge. Ich greife deshalb hier noch mal die wichtigsten Fragen auf.

### **Wer ist Mitglied der Bürgerinitiative?**

Nur der, der den Musterwiderspruch der BI bei uns oder direkt beim WAZV abgegeben hat und bei uns eine Erklärung unterschrieben hat, dass er sich an der „Musterklage“ beteiligt. **Wichtig:** Der Widerspruch befreit nicht von der Zahlungspflicht!

### **Wie verhalte ich mich, wenn ich vom WAZV die Nachricht erhalte, dass meinem Widerspruch nicht abgeholfen werden kann und dieser an die Kommunalaufsicht weitergeleitet wird?**

Hier gilt: Keine Panik! Warten Sie die Mitteilung der Kommunalaufsicht ab, in der Sie aufgefordert werden Ihren Widerspruch zurückzunehmen. Andernfalls droht die Kommunalaufsicht Widerspruchs- und Mahngebühren an. Jetzt müssen Sie innerhalb von vier Wochen der Kommunalaufsicht persönlich (besser schriftlich) erklären, dass Sie der Bürgerinitiative angehören und Ihren Widerspruch aufrechterhalten. Damit entfallen die Gebühren. Mitglieder der BI, die ihren Widerspruch zurückziehen und damit aus der BI ausscheiden, sind verpflichtet die BI darüber zu informieren.

### **Wie geht es weiter mit der Bürgerinitiative?**

Bekanntlich dauert es sehr lange, bis Gerichte ein Verfahren annehmen und eröffnen. Ein Verfahren der „Klärteichdörfer“ Bittstädt, Neusiß, Gossel gegen die überhöhten Abwasserbeiträge ist eingereicht und angenommen. Einen Gerichtstermin gibt es noch nicht. Erst nach diesem Verfahren wird das Verfahren für Arnstadt und Umland eingereicht. Hier ist also Geduld angesagt.

### **Was kostet das Gerichtsverfahren dem Einzelnen?**

Gerichtskosten könnten entstehen, wenn wir vor Gericht unterliegen. Bei der Vielzahl der in das Verfahren eingebundenen Bürger veranschlagen wir die Kosten bei einer Niederlage für den Einzelnen mit etwa 20,- €. Wir sind zuversichtlich, dass wir nicht verlieren!

### **Was kann schief gehen bei der Bearbeitung von Widersprüchen?**

Eigentlich dürfte bei korrekter Arbeitsweise nichts schief gehen. Doch wir haben folgendes erlebt: Der WAZV hat Musterwidersprüche, die ihm im Zeitraum September/Oktober 2008 laut Eingangsstempel von uns übergeben wurden, nicht bearbeitet und nicht an die Kommunalaufsicht weitergeleitet. Diese hat dann die alten Widersprüche von 2007 bearbeitet und im September 2009 beschieden. In 2 Fällen wurden Gebühren in Höhe von 105,- bzw. 120,- € von der Kommunalaufsicht erhoben und von den Betroffenen auch gezahlt. In einem dieser Fälle hat die Betroffene bei der Kommunalaufsicht auf den eingereichten Musterwiderspruch fernmündlich hingewiesen. Dieser Hinweis wurde nicht berücksichtigt, weil es keine Notiz in den Akten gab. Der Gebührenbescheid wurde erlassen. Nach Aussage des Landrates ist es rechtlich nicht möglich diese Gebührenbescheide aufzuheben.

In diesem Fall liegt die Schuld eindeutig beim WAZV. Wir müssen deshalb fordern, dass der WAZV für die Kosten, die den betroffenen Bürgern entstanden sind, aufkommt. Wenn es weitere Betroffene gibt, sollten diese sich umgehend bei uns melden.

### **Wie kann die Arbeit der Bürgerinitiative noch verbessert werden?**

Indem mehr Betroffene aktiv die Bürgerinitiative unterstützen, beispielsweise beim Erwerb und Verkauf unseres Informationsblattes „Widerspruch“. Wir möchten die BI zu einem eingetragenen Verein weiter entwickeln. Hierbei ist jeder willkommen, der mithelfen will.

*Hans-Günter Rittermann*

## Infoseite:

### Sprecherrat der Bürgerinitiativen

Frank Trefflich  
Hans-Günter Rittermann  
Michael Ludwig

#### Kontaktadresse:

WKB Sabine Berninger  
Zimmerstraße 6  
99310 Arnstadt  
Tel.: 03628/660624  
Fax: 03628/660771  
wkb-berninger@t-online.de  
www.gebuehrengerechtigkeit.de

#### Ansprechpartner vor Ort:

##### BI Gossel

Frank Trefflich  
Telefon: 036207/55241  
Mobil 0175/7258166  
Frank.Trefflich@t-online.de

##### BI Bittstädt e.V.

Olaf Geyersbach  
Telefon: 03628/723056  
Holzhäuser Straße 138  
Wachsenburggemeinde  
olafgeyersbach@gmx.de

##### Bürgerinitiative Neusiß

Herr Günter Eberhardt  
Telefon: 036207/55543  
Dorfstraße 51  
99338 Neusiß

##### Bürgerallianz Kranichfeld

Otto Reh  
Am Kindergarten 4  
99448 Kranichfeld  
Telefon: 036450 – 39593  
verein@ba-kranichfeld.de

##### Ichtershausen

Günter Stecklum  
Telefon: 03628/75702  
Schulstraße 2  
99339 Ichtershausen

##### Bündnis für Gebührengerechtigkeit Arnstadt

Günter Rittermann  
Telefon: 03628/75053

## Bürgerinitiative wählte neuen Vorstand

Unter dem Motto „Weiter geht's“ führte die Bürgerinitiative Bittstädt-Wachsenburggemeinde ihre Wahlversammlung am Freitag, dem 20.11.2009, durch.

Im Rechenschaftsbericht konnte der alte und zugleich neue Vorsitzende, Olaf Geyersbach, positive Bilanz über die geleistete Arbeit im zurückliegenden Zeitraum ziehen. Mit klaren Ansagen und Zielsetzungen im Kampf gegen Zwangsbeiträge will der neue Vorstand den eingeschlagenen Weg für sozial gerechte und vertretbare Kommunalabgaben weiter gehen.

Die fünf neuen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig durch die anwesenden Vereinsmitglieder gewählt. Auch erklärten sich mehrere engagierte Bürger bereit, als Beiräte den Vorstand tatkräftig zu unterstützen.

Die Bürgerinitiative stellt sich darauf ein, dass es auch in anderen Ortsteilen der

Wachsenburggemeinde in den kommenden Jahren zu Beitragserhebungen durch den WAZV Arnstadt und Umgebung kommen wird und sieht hier eine wachsende Aufgabe, mit Informationsangeboten tätig zu werden. Kritisch wertet in diesem Zusammenhang der Vorstand die Entscheidung des Gemeinderates, keinen Vertreter der BI in den Verbraucherbeirat zu entsenden. Das nun benannte Mitglied, Herr von der Krone jr., habe auf Rückfrage zu seinem Verständnis der Tätigkeit im Verbraucherbeirat keinerlei Profil gezeigt und lediglich auf seinen Vater, den Bürgermeister von Ichtershausen verwiesen, der ihn als Mentor im Verbraucherbeirat führen könne.

*Bürgerinitiative Bittstädt*

**Der Sprecherrat der Bürgerinitiativen aus dem Bereich des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt (WAZV) wünscht allen LeserInnen des WIDERSPRUCHS ein angenehmes Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und einen guten Start in das Jahr 2010.**

## ALSO

Hier wird Arbeitslosen und sozial Benachteiligten Information und individuelle Beratung gegeben.

Infos unter: 03628/660624

Wann? dienstags 10 - 12.00 Uhr  
donnerstags 10 - 12.00 Uhr  
nach Vereinbarung auch möglich

Wo? 99310 Arnstadt, Zimmerstraße 6, LinXX-Treff

Was? Richtiges Ausfüllen von ALG I-Anträgen, ALG II-Anträgen, Kindergeldanträgen, Hilfe bei Behördengängen, beispielsweise zu Terminen auf dem Arbeitsamt, Überprüfung von Hartz IV-Bewilligungsbescheiden

Sie erfahren nette, kompetente und individuelle Beratung!  
Nehmen Sie diese kostenlose Hilfe unbedingt in Anspruch!

### IMPRESSUM:

Der „Widerspruch-Regionalausgabe Arnstadt und Umgebung“ ist das Informationsblatt des SprecherInnenrates der Bürgerinitiativen Gossel, Neusiß, Bittstädt, der Bürgerallianz Kranichfeld und des „Bündnis für Gebührengerechtigkeit“ Arnstadt

Redaktion: Thomas Schneider, Sabine Berninger; Zimmerstraße 6, 99310 Arnstadt, Tel.: 03628/660624  
Redaktionsschluss: 02. Dezember 2009, Erscheinungsdatum: 11. Dezember 2009. Auflage der Ausgabe: 1.000

Die Widerspruch-Regionalausgabe Arnstadt und Umgebung per Mail anfordern: wkb-berninger@t-online.de